

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauser Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 99, Telegr.-Adr.: Klfverband Bochum.

die Unterlegenen durch gewaltsame Annexionen, durch Beeinträchtigung ihrer Selbstbestimmung oder durch andere unerträgliche Bedingungen zur Vorbereitung eines Vergeltungskrieges nötigt, daß er zugleich wirksame Einrichtungen schafft für friedliche Erledigung künftiger internationaler Streitigkeiten auf dem Wege geordneter Vermittlungen oder rechtlicher Entscheidung, und daß er damit der alten, friedengefährdenden Politik des Wettrüstens ein Ende setzt."

Wir haben unseren Kameraden wiederholt die wirtschaftlichen Ursachen der Kriegseingriffe erläutert und dürfen darum voraussetzen, daß unter uns bekannt ist, welche direkten Arbeiterinteressen nun auch auf dem Spiele stehen. Darum auch ist festes Zusammenhalten erforderlich.

Die Verbandsleitung tut was sie kann in Gemeinschaft mit den anderen Gewerkschaftsvorständen für die Erleichterung der Kämpfe, welche mit größter Wucht auf den Arbeitern und ihren Familien lasten. In diesem Bestreben werden wir einstweilen fortfahren, so „ungehörig“ das auch manchem herrschlichen Betriebsmonarchen vorkommt. Wir müssen leider sagen, daß sich immer noch nicht wenige Betriebsverwalter an die Existenz des Bergarbeiterverbandes nicht gewöhnen können. Nicht als ob ein mächtiger Feind vor den Toren stehe, sondern daß wir „im tiefsten Frieden“ leben, so benehmen sich immer noch forsche Zechenbeamten gegen die gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder. Zum Beispiel macht ein Oberamter, der in der Verbandszeitung schon oft rühmend genannt wurde, folgenden Satz auf die „verfluchten roten“ in der Grube: „Nicht dieses erbitternde Gebahren in die jetzige Zeit hinein? Wir protestieren gegen dieses Verfahren! Wir fordern dieselbe praktische Gleichheit des Organisationsrechts für die Arbeiter, wie für die Unternehmer besteht! Die Arbeiterorganisationen haben sachrichtige sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen und sind sich gezwungen, die noch fernstehenden Arbeitsbrüder zu gewinnen. Daran darf sie niemand hindern.“

Ein Industrieblatt schrieb kürzlich, man müsse von den Gewerkschaften „ermarten“, daß sie „in dieser schweren Zeit keine Sonderinteressen“ verfolgten. Eine überflüssige Erwartung! Die Gewerkschaften verfolgen überhaupt keine „Sonderinteressen“, sondern sind bemüht, in jeder schweren Zeit den notwendigsten Bedürfnissen der breiten Masse des Volkes zur möglichsten Befriedigung zu verhelfen, weil sie wissen, daß hierauf nicht zuletzt das Schicksal Deutschlands beruht. Das ist, wo wir inmitten eines tobenden Weltsturmes stehen, jedermanns staatsbürgerliche Pflicht. Das Industrieorgan scheint den Gewerkschaften die hohe Rolle eines „Nachtwächters“ zuweisen zu wollen, der an seiner eigenen Ruhe nicht denken darf, sondern nur für die Ruhe der anderen sorgt. Wir sind dagegen der Ueberzeugung, daß die Dragne der Industrien endlich einsehen müssen, daß die Gewerkschaften nun auch der Anerkennung der Werksunternehmer bedürfen, damit eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft für die Wahrnehmung der Gesamtinteressen wirksam sein kann! Die Anerkennung fordern wir dringlichst. In den meisten anderen Industrien und Gewerben arbeiten seit Kriegsbeginn Arbeiter- und Unternehmerverbände zusammen, nicht zum Schaden der Allgemeinheit. Im Bergbau und in der nächstverwandten Hüttenindustrie aber lehnen die Unternehmerverbände immer noch die Anerkennung der Gewerkschaften ab, weigern sich, mit ihnen zu verhandeln, obgleich gerade hier Arbeiterverhältnisse in Frage kommen, die bekanntlich große Mißstände erregen. Außerordentlich viel wäre für die Besserung oder doch für eine starke Milderung dieser Mißstände zu erreichen, wenn die Werksbesitzerverbände den Arbeitergewerkschaften die Anerkennung nicht mehr verweigern, mit ihnen die kritischen Fragen verhandeln. Dann wären die Verhältnisse zweifellos ein, daß es auch den Unternehmervertretern nicht an dem guten Willen zur möglichen Abhilfe der Uebelstände mangelt. Die Zeit ist heftig kritisch für unser Gemeinwohl. Kein Mensch sollte das verkennen, indem er noch immer überlebten Vorurteilen festhält.

Eine bessere Ernte gestattet es, reichsamlicher Rundung zufolge, die höheren Proportionen für die Schwerarbeiter beizubehalten. Dringend zu wünschen ist die Zehndung dieser Zuwendung auch auf die Obertagsarbeiter! Dringend zu wünschen ist, daß die Kartoffel-Preise nicht noch höher gesetzt werden als vom Kriegs-Nahrungsammt zugelegt wurde (4,75 Mk. pro Zentner freier). Dringend zu wünschen ist die Herabminderung enorm hohen Preise für alle Gemüsesorten und für Obst. Das sind Nahrungsmittel, die einen gewissen Ertrag für die Produzenten bilden müssen. Die jetzt üblichen Preise für Fleisch, Fleischwaren, Fette aller Art sind so

hoch, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiterfamilien nicht einmal die zugewiesenen geringen Rationen kaufen kann. Wir alle wissen, daß uns durch die Seehandelsbarriere und durch den Druck der britischen Wirtschaftsführer auf die noch neutralen Staaten ein gewaltiger Vollen Nahrungsmittel entzogen ist. Damit rechnen wir. Aber wir wissen auch aus zahlreichen Mitteilungen, daß es weite deutsche Landesteile gibt, wo die Knappheit an Fleisch, Fettwaren, Eiern usw. nicht entfernt so groß ist als in den großen Industriegebieten. Hier muß zu deren Gunsten ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Wollen die „Produzenten“ zu einem billigeren Preis nicht abgeben, so müssen sie behördlich gezwungen werden. Von den Industriearbeitern wird ja auch verlangt, daß sie mit dem gewährten Lohn zufrieden sein sollen. Was dem Bergarbeiter recht ist, muß dem Landwirt und Händler billig sein.

Weil wir inmitten eines rasenden Weltsturmes für unsere unabhängige Existenz kämpfen müssen, sind wir gezwungen, viele Entbehrungen auf uns zu nehmen. Das wird aber den Arbeitern sehr erleichtert, wenn sie wissen, daß sie volle Anerkennung als Gleichberechtigte finden und es keiner Gruppe gestattet ist, lukrative Sonder Vorteile zu genießen.

Die „Ausstellung für Kriegsfürsorge Köln 1918“ wurde am 19. August eröffnet und wird bis Ende September dauern. Im Anschluß daran tagte in der Woche vom 21. bis 28. August ein Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, welcher vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge einberufen war. Zur Teilnahme waren alle Vereinigungen und Einzelpersonen geladen, die sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge direkt oder indirekt beschäftigen. Die Gewerkschaften aller Richtungen hatten Einladungen erhalten und waren vertreten. Außerdem waren zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Landesbehörden, sowie der österreichisch-ungarischen Staatsregierung, der Militärbehörden, Provinzialverwaltungen, Städte und Gemeinden, der Ärzteschaft ufm. anwesend.

Wir können über den Kongreß nur zusammenfassend berichten, da in den eigentlichen drei Verhandlungstagen allein 17 Akteure gehalten wurden. Anschließend an den Kongreß fand am 23. August eine Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen statt, wo- über wir besonders berichten.

Am ersten allgemeinen Verhandlungstage berichtete der Vorsitzende des Reichsausschusses, Landesdirektor v. Winterfeld, über die Organisation und die bisherige Tätigkeit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er schilderte einleitend die Schwierigkeiten, die sich zunächst der zentralen Zusammenfassung der zahlreichen Fürsorgevereinigungen entgegenstellten, zeichnete dann den Aufbau der jetzigen Organisation und gab in großen Umrissen ein Bild von der bisher geleisteten Arbeit.

Überregierungsrat im Staatsministerium des Innern, Dr. Schmecher v. München, behandelte im zweiten Vortrag die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Gesetzgebung. Er führte aus, daß der Aufbau der Kriegsursorge von dem Gedanken ausgehe, daß selbst das beste Gesetz keine ausreichende Hilfe bringen könne. Aus diesem Grunde habe man die Kriegsursorge unter sozialen Gesichtspunkten in die gesellschaftliche und bürgerliche geteilt. Die gesellschaftliche Fürsorge wolle durch die Rentengewährung den Kriegsbeschädigten einen gewissen Ausgleich geben, die bürgerliche Fürsorge wolle die Mängel und Lücken, die die gesellschaftliche Fürsorge notwendig zeigen müsse, nach Möglichkeit ausgleichen und ausfüllen, einmal durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, dann aber durch direkte Fürsorge für die einzelnen Kriegsbeschädigten.

In der Aussprache besaßte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Meis, Berlin, daß bei manchen nachgeordneten Behörden die Arbeiterorganisationen nicht die erforderliche Berücksichtigung zur Mitarbeit finden. Generalarzt Dr. Schulzen erklärte, daß die Militärbehörden überall gern zur gemeinsamen Mitarbeit bereit seien, um Neuzubringendes zu schaffen.

Professor v. Strebel-Stuttgart behandelte die Frage „Landwirtschaft und Kriegsbeschädigtenfürsorge“. Einleitend sagte er, daß es auf das schärfste zu verurtheilen wäre, wenn der Versuch gemacht würde, die als Ehrensold gewährte Rente der Kriegsbeschädigten auf den Arbeitslohn in Anrechnung zu bringen. Eingehend erwog er dann die Umstände, die für eine Wiederunterbringung kriegsbeschädigter Landcultur in ländlichen Betrieben sprechen. Für besonders wichtig hielt er die schon an verschiedenen Stellen bewirkte Sammlung von Kriegsbeschädigten in Lagereiten auf dem Lande, die mit Gutsbetrieben verbunden sind. Sodann erörterte er die verschiedenen Möglichkeiten, unter denen kriegsbeschädigte Landcultur ihren früheren Beruf wieder aufnehmen können.

Die beiden nächsten Vorträge behandelten die Frage der Anlehnung von Kriegsbeschädigten. Und zwar sprach Regierungspräsident v. Schwerin-Breslau a. O. über die ländliche und Gemeinrat v. Bernburg-Berlin über die städtische Siedlung. Beide behandelten die Frage mit sehr viel Sachkunde. Besonders erfreulich war die Energie, mit der der frühere Minister v. Bernburg die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Maßnahme aufzuzeigen suchte.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Oberstadtsrates Dr. Rebenitzky über „Die ärztliche Fürsorge für die Kriegesbeschädigten“. Darauf sprach Prof. Dr. Dietrich-Werlin über die ärztliche Fürsorge für die Krieges- kranken. Beide Redner betonten den Wert der bürgerlichen Kriegs- fürsorge als Ergänzung der militärischen.

Bürgermeister v. Söller-Mannheim hielt einen Vortrag über die Hinterbliebenenfürsorge. Er erläuterte die zurecht maßgebenden Bestimmungen, welche in dem Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 und in dem neuen Kapitalabfindungsgesetz vom 5. Juli 1916 enthalten sind. Die bisherige gefühlte Verorgung ist seiner Auffassung nach unzureichend, vor allem deshalb, weil sie nach

nen militärischen Rang, aber nicht nach dem früheren Einkommen der Beschädigten abgestuft ist. Er fordert, daß die Renten nach der bisherigen sozialen Lage abgestuft werden. Daher sollte ein Gesetz erlassen werden, das diese Abstufung der Rente nach dem früheren Einkommen unter Beschränkung auf das Notwendige gewährt.

Sehr beachtenswert waren die beiden dann folgenden Vorträge über „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Industrie“. Den ersten Vortrag darüber hielt Süttendirektor Probst in Düsseldorf, den zweiten der Vorsitzende der Generalkommission, Legien. Süttendirektor Probst beschränkte seine Ausführungen auf die Schilderungen dessen, was die Industrie, besonders die westdeutsche Schwerindustrie, bisher schon zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge getan hat. Es ist auch hier gern anzuerkennen, daß das nicht wenig ist. Legien sagte imleitend, daß die Wiedereingliederung der Kriegsbeschädigten in das

Rumäniens Eintritt in den Krieg führt den Deutschen eine frische Armee von etwa einer halben Million Soldaten zu. Durchaus keine kleine Sache für uns. Deutlicher noch als zuvor tritt nun der Charakter des Krieges als eines Verteidigungskampfes der europäischen Mittelmächte hervor. Was auch von unseren „Diplomaten“ verkehlt, was auch von wortgewaltigen Heimgriechern geleistet worden ist zur Vermehrung und Aufstachelung unserer Feinde, an der Tatsache, daß Deutschland und seine Verbündeten nun von einer verstärkten Uebermacht von Feinden schwer bedrängt sind, sich in einem furchtbaren Kampfe um ihre Selbsterhaltung befinden, läßt sich nicht deuten und drehen. Das nur kann unsere Haltung bestimmen.

Warum nun auch noch das einst „verblindete“ Rumänien gleich dem einst „verblindeten“ Italien sich dem Ring der Feinde Deutschlands angeschlossen hat, müssen unsere Kameraden in der Tagespresse nachlesen. Dort werden sie auch lesen, daß wieder nicht das Volk, sondern eine ruchlose Gesellschaft gewaltstätigerer angeblich „nationaler“ Politiker und gefangener Verhörskandidaten auch Rumänien, wie Italien in den Krieg geziehen hat. In Rumänien wie in Italien hat die sozialistische Arbeiterpartei sich nach Kräften den Kriegsherrn entgegen geworfen. Doch diese erwiesen sich als stärker, die größere Volksmasse hat sich von ihnen satanisieren lassen. Tausende hunderttausende Menschen sollen hingebracht werden. Der Wahnsinn rast durch die unglückselige Menschheit!

„Nationale Interessen“ werden wieder als „Zwang zum Kriege“ angegeben. Sehr beachtlich ist, daß selbst ein Blatt wie die „Alldeutsche“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (30. Aug.) schreibt: wenn wir von den deutschfeindlichen „englischen Plänen“ sprechen, „so meinen wir nicht damit die englische Masse! Die englische Masse wird, wie das bei allen meisten Völkern geschieht, von den politischen Machthabern geführt oder auch genasführt!“ Leider ist es so. Darum haben wir durchaus recht, wenn wir behaupten, die Völker wollten den Krieg nicht, aber sie seien hieselang mit fanatisierenden und einschreckenden Nachrichten einer verbrecherischen Presse derart bearbeitet worden, daß nun auch in Ländern wie England, Italien und Rumänien die tatsächlich ohne unausweichlichen Zwang sich an den blutigen Kriegen beteiligten, die Massen meinen, sie bluteten für die Verteidigung nationaler Interessen. Das ist das vornehmlichste Werk einer gekauften verbrecherischen Presse, deren größte Schuld an dem Ausbruch des nun schon mehr als drei Jahre dauernden Weltkrieges ebenfalls durch kein nachlässiges Drehen und Deuteln beseitigt werden kann.

Setzt haben sich die Völker in dem blutigen „Jungbrunnen“, dem „verjüngenden Stahlbad“, als welche die kriegerische Lebenserführung von Menschenleben und anderer unersetzlicher Kulturwerte von den prinzipiellen Militaristen so oft gepriesen worden ist. Setzt ist es soweit gekommen, daß Deutschland seine ganze Kraft einsetzen muß, um sich vor Vernichtung und der Verkübelung in eine Anzahl ohnmächtiger Kleinstaaten zu befreien. Was weitboraussiehende Menschenfreunde schon sorgenlos viele Jahre vor dem Kriege prophezeiten und deshalb in ihren Vaterländern eine Politik, die mit dem Völkerferge als eine „Unumgänglichkeit“ rechnete, entgegentraten, das ist heute eine schmerzliche Wahrheit geworden. Der Wahnsinn rast durch die Welt und wehe dem Volk und Staat, der ihm zum Opfer fällt! Vor diesem furchtbaren Schicksal können wir uns nur durch festes Zusammenhalten bewahren.

Eben weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Völker überall den Frieden wünschen, die Kriegsparteiführer in Deutschland aber gewisse Versicherungen immer wieder ausnützen, in Deutschland als den nach der „Weltherrschaft“ strebenden Weltfriedensstörer“ zu denunzieren, darum ist es nun noch wichtiger, das deutsche „Kriegsziel“ so zu erklären, wie es jüngst der bayerische Ministerpräsident in einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten R. v. Wiegand tat. Graf Hertling sagte:

„Die Existenz Deutschlands, die Unabhängigkeit der Nation, die zukünftige Sicherheit des deutschen Volkes in der friedlichen Entwicklung seiner ökonomischen, industriellen und politischen Verhältnisse, das sind Deutschlands Kriegsziele, das ist es, was das deutsche Volk verteidigt, dafür kämpfen wir. Wir wünschen nicht, irgendein Volk zu vernichten oder irgendeine Nation zu verschmettern!“

Diese Worte können wir unterschreiben, wenn sie nur überhaupt im Auslande gehört und beherzigt werden. Sie bekräftigen auch die Parole: „Uns treibt keine Eroberungslust!“ Gleichzeitig mit der Erklärung des bayerischen Minister-

„Der Friede, der diesen Krieg beendet, soll selbstverständlich nach der Auffassung der Zentralstelle die Freiheit des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, die Unversehrtheit des deutschen Bodens, die Wahrung der deutschen Interessen im Auslande und die Erhaltung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes sicherstellen; aber er soll auch jede Gewähr der Dauer in sich tragen. Dazu ist erforderlich, daß er von allen Beteiligten als eine befriedigende Ordnung ihrer internationalen Beziehungen anerkannt werden kann, daß er also nicht

Wirtschaftsleben volkswirtschaftlich wie kulturell notwendig sei. Diese Wiedereingliederung würde ihm so leichter und vollständiger, je mehr die Arbeiter selbst bzw. ihre Vertretungen zur Mitarbeit an der Kriegsbeschädigtenfürsorge herangezogen würden. Besonders nötig sei die Berufsberatung der Kriegsbeschädigten unter Mitwirkung von Fachleuten. Die zuverlässigste Berufsberatung erfolge am besten durch die bereits verschiedentlich bestehenden Arbeitsgemeinschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus Grund von Verträgen zusammenwirkten. Diese Arbeitsgemeinschaften allgemein einzuführen, sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände als ihre Pflicht erachten. Die Kriegsbeschädigten dürften sich nicht auf die Arbeitsvermittlung beschränken, sondern müsse auch bei der Festsetzung der Löhne und bei der Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitgeber und Kriegsbeschädigten mitwirken. Vor allen Dingen müsse der Grundsatz durchgeführt werden, daß die Rente der Kriegsbeschädigten niemals auf den Lohn angerechnet werden darf, weil sie sonst ein Mittel zum Lohnraub würde. Andererseits sei auch auf die Arbeiter die Mahnung zu richten, daß sie solche vollbeschäftigten Kriegsbeschädigten nicht ungünstig betrachten, die mit ihrer Rente zusammen ein höheres Einkommen haben als gesunde Arbeiter. Vor allen Dingen dürfe den Kriegsbeschädigten später aus ihrer Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation kein Nachteil erwachsen. Die Kriegsbeschädigten brauchen die Gewerkschaften noch notwendiger als die gesunden Arbeiter. Es sei deshalb notwendig, sie gegen Schikanen der Unternehmer wie auch gegen willkürliche Entlassungen zu schützen.

In der Aussprache über die beiden Vorträge sagte Abg. Wiesberts, daß Industrie und Landwirtschaft gemeinsam zusammenwirken müßten, um in der Kriegsbeschädigtenfürsorge Erfolge zu erzielen und etwa entstehende Hemmnisse zu überwinden. Dann verlas und begründete er die von der Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen gefasste gemeinsame Entschließung zur Kriegsbeschädigten- und verschickter, daß alle Arbeiterorganisationen gewillt seien, auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten mit allen in Frage kommenden Stellen gemeinsam zusammenzuarbeiten, um das schwere Los der Kriegsbeschädigten zu erleichtern. Dasselbe erklärte ein Vertreter der Hirsch-Länderischen Gewerkschaften.

Diese Einmütigkeit der Gewerkschaftsrichtungen rief einen Vertreter der gelben Verbände auf den Plan, der sich darüber beklagte, daß die Gelben nicht zu den Beratungen der Gewerkschaften zugezogen worden seien. Diesbezügliche Klage stimmte der Abg. Dr. Leischer im Namen der katholischen Gewerkschaften an. Die Antwort hierauf erteilte am dritten Verhandlungstage der Eintritt in die Tagesordnung der sozialdemokratischen Abgeordneten Wibel durch Abgabe einer auf der Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen einstimmig gegen die Gelben gefassten Erklärung.

Die ersten fünf Vorträge des dritten Verhandlungstages behandelten die Wiedereingliederung der noch arbeitsfähigen Kriegsbeschädigten. Bürgermeister Dr. Luppe-Kranfurt a. M. behandelte die Unterbringung im öffentlichen Dienst, Kommerzienrat Soenneken und Kaufmann Böling sprachen über die Verwendungsmöglichkeit im Handel und Pädagogiker Herrert über die Unterbringung im Handwerk. Magistratsrat Dr. Fischer-Münster sprach dann über den Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte. In der Aussprache über diesen Punkt betonte Wühl als Vertreter der Organisation der Gemeindefürsorge, daß auch für die Gemeinden der Abschluß von Arbeitsgemeinschaften mit den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig sei.

Den Schluß des Kongresses bildeten zwei Vorträge, bei denen nicht mehr der Kriegsbeschädigte selbst den Mittelpunkt der Darlegungen bildete, die aber doch in den Rahmen des Kongresses durchaus paßten. Frau v. Wiffing sprach über „Die Mitarbeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ und Pastor Kiehlmann-Samburg über „Die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten“. Beide Vorträge waren inhaltlich vorzüglich und fanden lebhaftes Zuhörerninteresse.

Nach Schluß des Kongresses fand noch vor einem engeren Kreis von Interessenten ein Vortrag von Professor Kallstein-Vogel statt über „Neues und Interessantes von der Amputationslehre und dem künstlichen Gliederfuß“. Der Vortragende zeigte an zahlreichen Lichtbildern, zu welcher Höhe die moderne Chirurgie in Verbindung mit der Orthopädie den künstlichen Gliederfuß ausgebildet hat. Es waren außerdem circa 20 mit künstlichen Armen oder Beinen versehene Personen aus der von dem Vortragenden geleiteten Klinik anwesend, an denen die Ausführungen des Vortrags illustriert wurden. Der Vortrag wurde dadurch so anschaulich, daß alle Anwesenden reiche Belehrung daraus schöpfen konnten und dem Vortragenden durch lebhaften Beifall ihren Dank für die überaus interessanten Ausführungen abjagten.

Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen.

Vorsitzender der Generalkommission, Legien, eröffnet die Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen um 5 Uhr und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Baumwilt als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim General-Gouvernement in Belgien

Die unsichtbare Batterie.

Als der eiserne Krieg Mitternacht aufsprang
Und den letzten Sommer unsres Friedens bezwang,
Reigten sich unter dem Druck seiner geschwundenen Hand
Alle Kamine und Öfen im Land.

Die sonst aufwärts standen und unbewegt,
Alle Kamine und Öfen haben sich umgelegt.
Zielen nach Westen hinüber, nehmen den Dsten ins Korn,
Rauchen alle Gas, blenden alle Jörn.

Jeder Schlot ein brüllender Mörsermund!
Jede Öse ein flammender Todesmund!
Ueber allem Heer: Trupp, Reiter und Infanterie,
Eine unsichtbare, gewaltige Batterie.

Verge und Ströme ihr sind sie ein leichtes Spiel.
Raum nicht nach Weite sehen ihr Raß und Ziel.
Schuß um Schuß aus Millionen Schlünden heult,
Gäuses und Räume, Menschen und Tiere sind niedergehaut.

Jeder Schlot ein brüllender Mörsermund!
Jede Öse ein flammender Todesmund!
Wie sie wieder frei und lachend steht
Und die grauen Fäden der Arbeit auf ihnen weht.

Karl Prager.

Ein teilweise vernichtetes Land.

Die Wirkungen der furchtbaren Kämpfe an der Westfront für das Land, wo sie sich abspielten, schildert der Kriegsberichterstatter „Berliner Tageblatt“, Georg Lueri, wie folgt:

„Wo der Soldat einmal Fuß gefaßt, wo man ihn beschloß und herdrängte, wo er sich einscharrte, wo er stand und wich, da hing das schöne und reiche Land an, zur Wüste zu werden. Der Prozeß geht mit einer unheimlichen Schnelligkeit vor sich. Es ist kein Quadratmeter Bodens zwischen Stellung und Stellung grün geblieben. Es steht kein Stein mehr auf dem anderen. Die Erde ist gerissen und hundertmal gestrichelt und die Vegetation ist zerstört. Es gibt in einem Raume von mehr als 200 Quadratkilometern keine Öle mehr. Es gibt kein Ackerland mehr, die kulturelle Fläche ist unter dem Sand geblieben. Man kann dort jetzt nicht mehr bestellen. Niemals mehr. Wenn auch wieder etwas aufsteigt und wenn wieder der Grasfame Nahrung finden wird. Man wird kein Vieh auf dieses zerstörte und lückige Terrain treiben können, es wird keiner von all den vielen Bauern, die diese Scholle verlassen mußten, zurückkehren, ohne mit Entsetzen wieder aus diesem Lande zu fliehen, das er liebte, weil es ihn ernährte. Es ist alles, alles im grauenhaften Still gelöst. Der englische Maschinenbau summiert sich wohl nicht auf diese Erscheinungen, aber dem Franzosen mag langsam das Herz anquellen. Vielleicht kommt die Stunde bald, da er dem Verbündeten in den Arm fällt und um Schonung für sein Land bittet. Ist es denn denkbar, daß Frankreich den Feind vertreiben will, um ein teilweise vernichtetes Land wiederzugewinnen? Der Kampf kann nur von Graben zu Graben weitergetragen werden. In Dred und Not und in aller Qual der harten Zeit steht der deutsche Mann und verteidigt hier seine Heimat. Er ist höchstens nur Schritt um Schritt zurückgedrängt, nur durch kräftige Heftmacht und nur durch einen ungeheuren Auf-

wand von Vernichtungsmaschinen. Was er dann verläßt, ist Wüste, die der Feind geschaffen hat. Acker, Wald und Feld sind tot. Und irgendeinmal glaubt der Feind die vielen Hunderttausende von Schritten nach vornwärts gemacht zu haben, die wieder zur französischen Kasse und zum französischen Stahl führen sollen. Graust ihm nicht heute schon vor den Möglichkeiten, die über diese Reichtümer einbrechen können? Und wird das Land an diesen fernem Schwellen noch Söhne haben, um die letzten Wästen mit ihrem Blut zu düngen?“

Kriegstechnik und Militärwesen im Altertum.

Die Bauwerke der Alten, ihre Tempel, Viadukte, Pyramiden und Straßen sind auch noch für unsere Zeiten bewundernswürdige Meisterwerke, aber die Ausführung dieser technischen Schöpfungen konnte nur durch ungezählte, rücksichtslos ausgenutzte Menschenhände vollbracht werden.

Vom Bau der Cheops-Pyramide berichtet Herodot, daß zehnmal zehntausend Mann im Dienste des Königs Cheops drei Monate hindurch die Steine vom Gerinnungsort zum Nil brachten, während eine gleiche Anzahl das über den Fluß gebrachte Baumaterial zum Bauplatz schafften. Und diese Sklavenscheere bauten vorerst 10 Jahre an dem Wege, auf dem sie die Steine zogen.

In der Schiffahrt der Alten konnte die Kraft des Wassers und des Windes nur unvollkommen in den Dienst menschlicher Arbeit gestellt werden, der Mensch selbst mußte durch Muskelkraft das Schiff vorwärts bewegen. Jahrhundertlang blieb der Mensch hier noch die wichtigste Kraftmaschine. Noch der spanische Dichter Cervantes läßt Sancha, als dieser zum ersten Mal auf einer Galeere fuhr und sah, wie der „Galeerenbock“ die nackten Rücken der „Ruderknaben“ mit der Peitsche bearbeitete, um durch verzweifelte Kraftanstrengung dieser menschlichen Arbeitskräfte die Geschwindigkeit der Schiffe zu erhöhen, ausrufen: „Nun, wenn dies nicht die Hölle ist, so ist es doch wenigstens das Höllefeuer!“

Unter diesem Reich der primitiven Menschheitswirtschaft stand auch die Kriegstechnik der Alten. Konrad Wachsmann, der Historiker des Vereines deutscher Ingenieure, hat in einem Festvortrag im Münchener Museum der Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik auch an die Kriegstechnik der Alten erinnert.

Die ersten großen geschichtlichen Kämpfe beruhten schon über eine weit vorgeschrittene Kriegstechnik. Alle typischen Wandarten zeigen uns Belagerungsmaschinen, Wälder und Sturmböden, als die treibende Kraft oft hundert Menschen beanspruchten. Als Dionysius von Syrakus seinen Heereszug gegen die Karthager unternahm, soll er zur Erfindung der Torsionsgeschütze angeregt haben. Er betrieb die herverragenden Ingenieure nach Syrakus, aus deren Gemeinschaftsarbeit sich dann die Geschütze des Altertums entwickelten, die als Treibkraft die Torsionspannung zusammengedrehter Sechsenbündel benutzten.

Die Völker, die siegreich werden konnten, haben durch die Heberlegenheit ihrer kriegerischen Organisation sich die Feinde zur Unterwerfung gezwungen. Ein Beispiel schildert uns Kallist in seiner römischen Geschichte: Das römische Heer stand vor Karthago. Die Belagerer verlangten vollständige Entwerfung. Alles Kriegsmaterial, alle in Privatbesitz befindlichen Waffen, 3000 Wurfgeschütze und 200 000 volle Rüstungen wurden den Römern übergeben. Dann verlangten sie die Zerstörung der Stadt und Ansetzung 15 Kilometer vom Meer entfernt. Verzweiflung ergriß die wehrlose Stadt. Die Römer warteten im Glauben, die Stadt werde sich schließlich doch ergeben, mit dem Angriff. Diese Zeit aber wurde dazu benutzt, um alle technischen

Werkzeuge wieder herzustellen. Tag und Nacht wurde ohne Unterbruch des Alters und des Geschlechts an Maschinen und Waffen gearbeitet und geschmiedet. Um Balken und Metalle zu erlangen, wurden die öffentlichen Gebäude niedergebissen. Um die für die Wurfgeschütze notwendigen Seile herzustellen, schoren die Frauen sich das Haar, in ungläublich kurzer Zeit waren die Mauern und die Männer wieder bewehrt.

Die Römer mußten zu den größten Wege-Erbauern aller Zeit gerechnet werden. Sie hielten kein Land für erobert, das nicht durch Straßen gesichert war. Über 76 000 Kilometer aus technisch bewundernswürdig durchgeführte Straßen haben die Römer, und zwar in erster Linie die römischen Heere errichtet, Wege, über die zum Teil Tausende spurlos dahingegangen sind. Von diesen Straßen hat man gesagt, sie gleichen Mauern, die auf die Erde gelegt wären.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben war eine entsprechende berufliche Schulung notwendig. Die römischen Heere der Kaiserzeit besaßen besondere technische Truppenteile, die die Kriegsmaschinen und Waffen instand zu halten hatten. Diese technischen Truppen wurden möglichst den besten Berufen entnommen. Zimmerleute, Wagenbauer, Schmiede bildeten den Hauptteil. Dazu kamen die Spezialisten, die Schilder, Garnituren, Bögen und Pfeile sowie Wurfgeschütze anzufertigen verstanden. Abgesehen von diesen der Truppe angegliederten technischen Einheiten gründeten die römischen Kaiser überall im Reich große kaiserliche Waffenfabriken. Die Arbeiter genossen besondere Vorrechte. Sie wurden von allen Abgaben befreit mit der Begründung, daß zur Erhaltung der Kunst Mühe vorzuziehen ist. Hier finden wir auch aufgezeichnete Kaufmänner, Metallgießer und Mechaniker. Sie werden angestrichen, sich selbst weiter zu bilden, aber auch für die Erziehung des brauchbaren Nachwuchses besorgt zu sein. Bemerkenswert ist, daß auch alle diese in den Waffenfabriken arbeitenden Männer vollständig militärisch organisiert waren. Sie hatten ihre bestimmte Dienstzeit und wurden als Soldaten behandelt. Nach Ablauf ihrer Dienstzeit wurde für sie nach Möglichkeit gesorgt. Das Abgehen ihrer besonderen Verwendung trugen sie, der damaligen Zeit entsprechend, eingebrannt auf dem Arm wie die Rekruten.

Über trotzdem war diese Kriegstechnik der Alten primitiv in ihrer Menschheitswirtschaft. Die Kriegsschiffe der Alten, die berühmten altgriechischen Trieren, mußten durch Muskelkraft, durch die oft übermenschlichen Anstrengungen der Galeerenknechte vorwärts bewegt werden. Die Belagerungsmaschinen, Wälder, Sturmböden waren als Kriegswerkzeuge Zusammenballung von Menschenkraft. Im Zeughaus zu Venedig befinden sich Modelle antiker Geschütze, die im Zusammenhang mit dem Reformationskrieg. Die Schiffschraube beruht auf der Spannungsfähigkeit gedrehter Tierseile. Abgesehen wurde der Pfeil, die Steinhaube oder das Bleigeschütz; die Schiffschraube betrug 370 Meter, eine Leistung, die für die damaligen Verhältnisse gewiß beachtenswert war. Aber alle diese Geschütze waren genau so wie die Armbrust Schwerkrieg und Speer: sie wurden von der Hand geführt, in der Leistungsfähigkeit und Körperkraft des Menschen selbst hatten sie ihre Grenzen. Die Spannkraft der Torsionsgeschütze mußte erzeugt werden, indem die Seile zusammengedrückt wurden, um dann die aufgespeicherte Spannkraft plötzlich wieder frei zu geben.

Von der Kriegstechnik der Alten können wir deshalb sagen: trotz der oft bedeutungsvollen erzielten Gesamteinwirkungen ist die Menschheitsentwicklung primitiv. Der Mensch ist im Arbeitsvorgang unmittelbar Kraftmaschine, die Steigerung der Leistungen, die Erzielung großer Gesamteinwirkungen ist nur durch Zusammenballung vieler menschlicher Kraftmaschinen möglich gewesen.

Die Vorausschau einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufsstände auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigte hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigsten Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirken- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisationen.

Von ihren im Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unabhängig der nicht sind, eine gezielte Neuorganisation der Rentenverwaltung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Wesentlich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Arbeitsstellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den niedergeworbenen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildet paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifkommissionen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksame Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Zwecke zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Tarifarbeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Oberbürgermeister Geib dankt der Konferenz für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und nimmt für den von ihm vertretenen Reichsausschuss in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten habe. Ihre Zeitlässe seien im Einklang mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gefaßt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuss nur eine beratende und begutachtende Stelle sei und keine Direktiven geben könne. Weiter verteidigt den Vorsitzenden des Reichsausschusses gegen den Vorwurf Wels, als ob er nur ein Scheingefecht für die paritätische Vertretung führe, und gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Reichsausschuss stets Hand in Hand mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter wirken werde.

Brückner-Verein bestätigt aus seiner Erfahrung, daß die Herren Landräte sich wenig um die Empfehlungen des Reichsausschusses kümmern, so daß es der reichsgesellschaftlichen Regelung der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge bedürfe. Auch müßten die Ver-

Leistungsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen als weiteres Glied in dieser Kette ausgebaut werden. Weiter erklärt die Wähler der bisherigen Kette, besonders in Berlin.

Biegler erklärt sein Einverständnis mit der vorgeschlagenen Entschädigung und legt dar, daß die Arbeitervertreter bei den unteren Instanzen in Siegen die gleichen kühlen Erfahrungen gemacht haben. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, besonders im Interesse der Kriegsgeschädigten nach dem Kriege.

Au der weiteren Debatte beteiligten sich Dieckmann, Glöckner, Sauer, Martens und Giebel. Berlin, die im Sinne der vorgeschlagenen Entschädigung sprechen.

Die Entschädigung wird von der Konferenz einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe der Tagung des Kongresses am nächsten Tage zur Verlesung zu bringen. Ferner wird beschlossen:

„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsgeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichsminister dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsgeschädigten für eine bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bezw. Kreise zu machen, an denen eine Kettengewerkschaft vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsgeschädigtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der beteiligten Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den gelben Organisationen:

„Angesichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Gewerkschaften, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von Seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalcommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) und der Politischen Vereinigung sowie des Deutschen Arbeitervereins, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der beteiligten Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

„Deutschland in ein Paradies verwandeln.“

In einem Artikel: „Antarktis (Selbstgenügsamkeit) oder Weltwirtschaft“ in Nr. 20 der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ hat der konservativ gerichtete ökonomische Schriftsteller, Herr Professor Walld, berechnet, welche grundrührende, segensreiche und kulturfördernde Umwälzung mit etwa der Hälfte unserer bisherigen Kriegskosten in der deutschen Landwirtschaft hervorgerufen werden könnte. Professor Walld setzt zunächst auseinander, daß Deutschland jährlich 238 Millionen Kilogramm Stickstoff im Werte von rund 300 Millionen Mark durch unrichtige Verwendung der Rauche und der Fäkalien verliert und führt dann wörtlich fort:

„Freilich zu dieser rationellen Verwendung von Rauche und Fäkalien gehören Weiterungen: es ist notwendig, sie zur Verwendung unter Aufschluß zu halten, das heißt also, es müssen die ausreichenden großen Behälter erst gebaut werden. Und die zweifelhafte Verwendung ist wiederum die, daß ein Zufuß des hundertfachen Quantums Wasser erfolgt. Es müßten also gleichzeitig Verwässerungs-, wozüglich Verengungsanlagen geschaffen werden.“

Verwässerungsanlagen sind bereits vorhanden (z. B. eine staatliche Anlage in Bromberg) und haben sich als sehr praktisch erwiesen. Das Eigentümliche bei unseren Witterungsverhältnissen ist ja, daß der Regen fast nie genau dann niederfällt, wenn man ihn am dringendsten braucht. Durch eine Verwässerung von 50 bis höchstens 100 Millimeter gegenüber dem in Deutschland vorhandenen Jahresmittel von 500 bis 600 Millimeter (von dem ein Drittel bis ein Sechstel ungenutzt in den Flüssen ins Meer abfließt) ist das nicht sehr erheblich, würde aber ausreichen, um in jedem Jahre eine gute Ernte zu sichern. Bedenken wir, daß z. B. im Kriegsjahre 1915, wo wir gerade gute Ernte dringend gebraucht hätten, infolge achtmonatiger Dürre eine Misere eintrat, die gegenüber 1913: 30 Prozent Minderertrag zeitigte, einen Anstieg von 9 Millionen Tonnen Getreide im Werte von mehr als 2 Milliarden Mark brachte. Trockene Jahre begünstigen bei uns die Qualität, vermindern aber sehr die Quantität. Unter Zuhilfenahme künstlicher Verwässerung würden neben guter Qualität große Quantitäten zu erzielen sein. Aber selbst in an sich feuchten Jahren nützt die künstliche Verwässerung, weil, wie bemerkt, der Regen doch durchaus nicht immer dann fällt, wenn die Pflanzen ihn brauchen, häufig sogar direkt schädigend wirkt, wenn zur Entzeit eine Regenperiode eintritt.

Über — die künstlichen Verengungsanlagen kosten etwa 500 Mark auf den Hektar. Auf die gesamte deutsche Ackerfläche und die nicht bewässerten Wiesen (zusammen rund 30 Millionen Hektar) umgerechnet, bedeutet das eine Ausgabe von 15 Milliarden Mark! Und nicht genug damit: die wenigen Landgüter sind in der bevorzugten Lage, daß sie das Verwässerungswasser direkt aus Flüssen oder Seen entnehmen können. Für weitaus den größten Teil müßten erst große Sammelteiche, Staubecken, Zäpferren usw. angelegt werden. Wir werden kaum schlaggen, wenn wir die Ausgaben dafür auf weitere 10 Milliarden anheben. Und die großen künstlichen Staubecken werden auch mit vielleicht 200 Mark für ein Stück Großvieh, also mit 20 x 200 = 4000 Millionen zu betreten sein. Dazu eine weitere Milliarde für die Konservierung menschlicher Fäkalien. Kurzum, wir kommen so auf eine maßgebende Ausgabenanfrage von rund 30 Milliarden Mark. Das ist ja unmöglich! So wird man ausrufen. Die sollen wir denn bei unserem veringerten Volksvermögen solche Ausgaben aufbringen! Nun — der Krieg wird uns bis zum Herbst dieses Jahres 60 Milliarden Mark kosten. Für die Hälfte dieser Summe könnten wir also Deutschland in ein Paradies verwandeln, das keine Misere kennt und nahezu die doppelte Bevölkerung ernähren könnte!“

Herr Professor Walld hält auch nach dem furchtbaren, so viele volkswirtschaftliche Werte zerstörenden Kriege die Aufforderung derartiger Summen für möglich. Die heutige Wirtschaftsweise liegt eben so ungeheure Produktivkräfte in sich, daß sie die Landwirtschaft Deutschlands auf eine ganz neue Grundlage stellen könnte. Natürlich würden diese künftigen Aufwendungen für die Landwirtschaft den sozialrechtlichen Charakter dieses nationalen Wirtschaftszweiges wesentlich ändern. Denn der Staat müßte sich auf Grund seiner Leistungen ein ganz anderes Bestimmungs- und Kontrollrecht über das landwirtschaftliche Privateigentum ausbedingen; er würde sich gleichsam eine Art Oberigentumsrecht sichern müssen. Gaben doch selbst Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen, wie jüngst erst Professor Lupo Brenckens schrieb, „mit Vorbedeut, das Eigentum sei nach germanischem Recht, im Gegensatz zum römischen Recht, nicht ein subjektives Recht, sondern ein Recht, dessen der Eigentümer im Interesse der Gesamtheit zu wachen habe.“

Bei seinem Projekt zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge entschließt sich nun Professor Walld selbst nicht des Gedankens, daß seine geplante große, ganz auf Staatskosten gestützte Umwälzung der Landwirtschaft notwendig einen tiefen Einschnitt in die kapitalistische Privatordnung bedingen würde. Er stellt aber bezeichnenderweise nicht die Erzeugung, sondern nur den Umsatz, den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte unter einer staatlich-gesellschaftlichen Kontrolle. Er fordert ein staatliches Getreidemonopol!

Wie man sich nun auch zu diesem Walldischen Projekt der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verhalten mag, das Verbotene wird man ihm nicht verzeihen können, daß er die gewaltige ideologische Kraft plausibel vor Augen führt, über die durch den mächtigen gewinnbringenden Produktivität der Arbeit der Staat bereits heute verfügt. Aus sich heraus könnte schon heute der Staat eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung erzeugen. In diesem Sinne kann man wirklich sagen, daß die Produktivkräfte schon über den kapitalistischen Rahmen hinausgeraten sind.

1000 bis 2000 Prozent Federabfallgewinne!

Von der „Kriegszeitung“ wurde letzten ein Bucherfall aufgedeckt, in dem Militärbedarf für 7,50 Mark, gekauft, dann zu 70 Mark und ein zweites Mal zu 170 Mark weiterverkauft waren. Die Aufklärung über die näheren Umstände hatte sich der Kriegsauditeur für Konsuminteressen an eine Reihe Federabfall-Zettel gewandt. Wie man in diesen Kreisen über die enorme Verleumdung denkt, die letzten Endes die schwebelstehenden Verbraucher trifft, geht aus folgendem Antwortschreiben eines Großhändlers, der Kommissionsärztes des kgl. Kriegsministeriums, Hl. „Kriegsbeule“, ist, hervor:

„In den Monaten April bis Juli haben die Preise für berartige (von Vorkleidungsämtern im Voraus auf drei bzw. sechs Monate verkaufte dritte Sorte Sockel- oder Wackelleder-) Abfälle auf den Subventionen bei den Kammern eine Erhöhung von 1000 bis 2000 Prozent erfahren. Ich halte diese Preissteigerungen für gerechtfertigt, weil (1) die Hersteller von Kriegsgegenständen bei den billigen Lederpreisen enorme Gewinne erzielt haben und weil durch die hohen Preise dem Fiskus durch die Vorkleidungsämter wenigstens ein Teil dieser Gewinne zurückfließt.“

Eine so schamlose Ausnutzung der Kriegsnotlage wird hoffentlich von der Heeresbehörde durch genaue Aufsicht, Gewinn- und Vorratssprüfungen aller beteiligten Geschäfte auch mit rückwirkender Kraft schonungslos geahndet werden.

Zur Reform der Berginspektion.

Grubenunfälle während des Krieges.

Der auszugewählte veröffentlichte Bericht der deutschen Knappschafts-Versicherungsgesellschaft, Sektion II (Bodum) bestätigt die Befürchtung, daß die Einstellung erheblicher Mengen betriebsfremder Arbeiter während des Krieges bei gleichzeitiger Außerkräftigung gewisser Arbeiterschutzbestimmungen von sehr ungünstigem Einfluß auf die Unfallverhütung sein würde. In der gesamten Versicherungsgesellschaft sind 1913 durchschnittlich 401 042 Personen gegen Unfallfolgen versichert gewesen; es war das etwa die Hälfte der gesamten Bergarbeiter Deutschlands. 1914 ging die durchschnittliche Zahl der Versicherten auf 370 887, in 1915 auf 288 308 herab. Die zur Bergarbeiterschaft beorderten Kriegsgefangenen sind nicht mit eingerechnet. Aufsehererregende Massenverurteilungen sind im Sektionsbezirk (Miebach-Bezirk) 1915 nicht vorgekommen. Durch drei größere Unglücksfälle kamen zusammen 82 Menschen zu Tode, eine „internormale“ Zahl in diesem Bergwerksbezirk. Die Versicherten verminderten sich um 83 570 gleich 23,50 Prozent. Doch sind 1915 insgesamt 904 direkt tödliche Verunglückungen zu beklagen gewesen, gegen 903 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der tödlichen und schweren Unfälle ist aber im Verhältnis zu der Zahl der Versicherten 1915 gegen die Vorjahre ganz erheblich gestiegen! Entschädigt wurden

Unfälle überhaupt	pro 1000 Versicherte
1913 5027	14,78
1914 5561	14,76
1915 4650	16,16

Nur in denjenigen Vorjahren, in denen sich große Massenfatastrophen mit massenhaftem Tode ereigneten, ist die Prozentzahl der Unfälle auf über 16 von Tausend hinausgegangen. Solche Katastrophen haben sich 1915 nicht ereignet, — dennoch die fast erhöhte Unfallziffer. Das beweist die Verletzung der Arbeiterforderung nach einem besseren Lebens- und Gesundheitsschutz.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Kohlen- und Eisenverbrauch Frankreichs

Während des Krieges noch sehr viel stärker auf Zufuhr vom Ausland (hauptsächlich England) angewiesen als in Friedenszeiten. Nach der englischen Statistik lieferte z. B. England im ersten Halbjahr 1916: 8 010 000 To. Kohlen nach Frankreich gegen 8 506 000 To. im ersten Halbjahr 1915 und 6 927 000 To. im ersten Halbjahr 1914. Die aus England bezogene Kohlenmenge war hiernach in den in die Kriegszeit fallenden Zeitabschnitten rund 25 Prozent höher als in der oben angeführten Friedensperiode des Jahres 1914. Ueber die Einfuhr von Eisenerzeugnissen nach Frankreich veröffentlicht die „Frankfurter Ztg.“ nach der „Econometrie Française“ folgende Ziffern:

(Tonnen)	1913	1914	1915
Kohleisen	32 669	15 885	166 709
Warren, Anippel, Stabeisen	19 379	10 888	580 430
Maschinenstahl und Maschinenstahl	6 003	5 160	64 831
Kohleisen aus Eisen und Stahl	13 760	6 852	76 230
Weißblech aus Eisen und Stahl	19 300	24 878	68 340
Eisen und Stahlblech	6 088	7 407	44 511
Schienen	1 702	547	40 678

Die gewaltige Steigerung der Einfuhr im Jahre 1915 springt in die Augen. Ohne einen Import in solchem Umfang wäre vor allen Dingen die französische Munitionindustrie zu ganz unzulänglichen Leistungen verurteilt. Der Hauptteil der Eisenimporte stammt aus England. Es lieferte 1915: 677 500 To. (1914: 52 360 To., 1913: 56 757 To.) Eisen und Stahl. Aus den Vereinigten Staaten kamen 143 770 To. gegen nur 32 7 To. bzw. 2901 To. in den beiden Vorjahren. Auch Spanien spielte eine gewisse Rolle, indem sich seine Lieferungen auf 63 510 To. (gegen 1299 bzw. 146 To.) steigerten. Aus England, den Vereinigten Staaten und Spanien wurden also 1915 insgesamt nahezu 900 000 To. Eisen und Stahl eingeführt, während 1913 aus diesen Ländern nur etwa 60 000 To. bezogen worden waren.

Kohlenförderung Frankreichs 1915.

Nach den nunmehr vorliegenden Schätzungen der Förderung, die der Arbeitsminister bekannt gab, ist die Kohlenproduktion Frankreichs von 22 700 000 To. im Jahre 1914 auf 19 750 000 To. im Jahre 1915 zurückgegangen und beträgt im Vergleich mit dem noch nicht den Kriegsförderung unterworfenen Jahre 1913 (40 810 000 To.) kaum die Hälfte.

Kohlenförderung Englands 1915.

Die Steinkohlenförderung Englands betrug im Jahre 1915: 23 200 000 To. gegen 25 600 000 To. im Jahre 1914 und 28 740 000 Tonnen im Jahre 1913. Von der Gewinnung im Jahre 1915 entfielen auf die einzelnen Bezirke folgende Mengen: Yorkshireland 11 100 000 To., Durham 25 700 000 To., West-Yorkshire 10 400 000 To., Lancashire, Cheshire und North Wales 25 000 000 To., Nottingham und Leicestershire 31 500 000 To., Stafford, Salop, Dorset und Wiltshire 19 800 000 To., Shropshire und Monmouth 50 400 000 To., andere Bezirke 5 500 000 To., Schottland 12 600 000 To., West-Schottland 22 900 000 To.

Die russische Kohlenförderung

Die russische Kohlenförderung gegen das Vorjahr etwas zu liegen. Im ersten Halbjahr betrug die Förderung im Donzetschen 556 Mill. und in Sud etwas mehr wie 16 Mill., das sind 65,65 Millionen mehr als vorjährig. Die Zahl der Arbeiter soll sich von 165 000 auf 220 000 gehoben haben. Darunter werden sich wahrscheinlich noch viele Kriegsgefangene befinden, die in Rußland zum Teil miserabel behandelt werden.

Die schwedische Bergwerksindustrie

Die schwedische Bergwerksindustrie in einer großen Förderung sehr reichhaltiger Eisenerze. Die Eisenerzeugung ist vorzüglich in zwei Bezirken zu Hause, von welchen sich das eine in Lappland, das andere von älterer unter dem Namen Bergslagen bekannt, in den nördlichen von den Seen Väner, Vättern, Snämar und Mälaren gelegenen Provinzen ausbreitet. Das letztere Erzgebiet ist das ertragsreichere. In der Region von Bergslagen befinden sich unter anderen die weltbekannten großen Eisenerzfelder von Grönzberg. Die Gesamtproduktion Schwedens an Eisenerzen, die im Jahre 1913 mit 7 475 571 Tonnen ihre größte Höhe erreicht hatte, ist im Jahre 1914 infolge des Krieges auf 6 586 630 To. oder 11,9 Proz. zurückgegangen. Besonders war die Produktionsverminderung bei den Erzen von Lappland sichtbar, da die Förderung in dieser Region von 4 926 866 To. im Jahre 1914 um 13,7 Prozent zurückgegangen ist. Von der Erzeugenqualität la weichen 3 689 533 To., das ist 69,1 Prozent, 60,2 Prozent Eisengehalt auf. Von den 2 728 303 To. Erzen Ia-Qualität, die speziell von den Skandinavischen Lagerstätten stammen, haben circa 40 Prozent, nämlich 1 087 423 To., einen 25 Prozent betragenden Phosphorgehalt. Die 60-70 Prozent Eisen enthaltenden Erze stammen zum Teil von Grönzberg und Auranavara. Circa 87 Prozent der

Erze enthalten weniger als 0,05 Prozent Schwefel, und nur circa 3 Prozent dieser Erze weisen mehr als 0,1 Prozent Schwefelgehalt auf. Die Produktion von Eisenerz und Eisenerzblech hat, dank dem neuen Anreicherungs- und Erzblechherstellungsvorahren, insbesondere des Verfahrens von A. G. Grönzberg, in den letzten Jahren in Schweden beträchtlich zugenommen. An Eisenerzen verschiedener Qualität und an Schlich wurden 1914 erzeugt: Eisenerz Ia-Qualität 5 730 180 To., Eisenerz anderer Qualität 229 553 To., Schlich 620 001 Tonnen im Gesamtwerte von 7 399 734 Franks. Die Produktion von Eisenerzblech hat 260 114 To. betragen. Außerdem sind auf einem Werke 63 004 To. von Bourpore (gerösteten Eisenschlacken) erzeugt worden. Die Erzeugung von Brauneisenerzen belief sich auf 1070 To. Insgesamt standen 313 Eisenerzgruben und Tagbau im Betriebe. An Metall-erzen ist Schweden reichlich arm. An solchen wurden erzeugt in Tonnen: Zinn-erze 42 270, Mangan-erze 3043, Schwefel-erze 33 313, Kupfer-erze 8839, Wolframerze 130, Blei- und Silbererze 630, Gold-erze und Wolframerze 7.

Steinkohlen wurden in zwei Gouvernements von Schweden gefördert, und zwar in Wollmads-Örn und in Kristianstads-Örn. Man schätzt die Kohlenreserven dieser Lager auf 300 Mill. Tonnen. Die Steinkohलगewinnung steht in Schweden mit der Erzeugung von Ton befonderer Qualität in Verbindung. Die Gesamtproduktion an Steinkohlen betrug 366 630 To. im Werte von 4 302 910 Franks. Feuersteine Ton wurde in diesen Gruben 140 262 To. im Werte von 343 600 Franks und Klinkerton 47 558 To. im Werte von 160 043 Franks gewonnen.

Bei sämtlichen Gruben, Tagbauen, Steinbrüchen und Wärfwerken waren 15 570 Arbeiter, in den Eisenschmelzwerken 20 637 Arbeiter und in den übrigen Gütern 961 Arbeiter oder zusammen 44 174 Arbeiter in der Montanindustrie beschäftigt, welche einen Gesamtwerk von 60 905 742 Franks im Jahre 1914 erzeugten.

Vom griechischen Bergbau.

Im griechischen Bergbau werden hauptsächlich Eisenerze (1913 war die Förderung 310 078 To.), Wolframe (150 348), Magnesit (98 517) und Zinn-erze (30 717) gewonnen. Ueber die Verkaufswerte der Förderung und Produktion, die Zahl und die Löhne der Arbeiter gibt die amtliche Statistik an:

	1910	1911	1912	1913
Gesamtverkaufswerte (Drachmen):				
bei den Gruben	7 053 773	7 635 120	6 089 825	6 003 553
bei den Stätten	11 365 815	11 774 154	13 032 591	14 328 410
bei den Brüch. u. Meerfal.	3 946 630	4 168 601	4 131 416	4 253 590
Gesamtarbeiterzahl:				
bei den Gruben	6 933	6 764	6 480	6 128
bei den Stätten	1 704	1 844	1 844	1 825
bei den Brüch. u. Meerfal.	451	501	459	530
Gesamtarbeiterlöhne (Drachmen):				
bei den Gruben	6 003 252	7 171 358	6 382 022	5 605 146
bei den Stätten	2 425 543	2 310 416	2 179 715	2 202 266
bei den Brüch. u. Meerfal.	451 000	536 351	450 089	341 502

1 Drachme ist gleich etwa 78 Pf. Demnach würde 1913 z. B. auf pro Grubenarbeiter ein durchschnittlicher Lohn von etwa 900 Drachmen oder circa 702 Mark entfallen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aus den freien Gewerkschaften.

Der Buchbinderverband hatte am Jahresabschluß 1915: 17 005 Mitglieder gegen 23 501 am Jahresabschluß 1914. Rund 8000 Mitglieder wurden bis dahin zum Kriegsdienst einberufen. Die Einnahmen des Verbandes ausschließlich der belästigten Einnahmen der Zahlstellen und Genuß befielen sich auf 438 488 Mk., die Ausgaben auf 298 578 Mk. Das Vermögen betrug 1 310 051 Mk. Gegenüber dem Vermögensbestand von 1914 beträgt die Zunahme 250 545 Mk.

Der Dachdeckerverband hatte am Jahresabschluß 1915: 2673 Mitglieder gegen 8163 vor Kriegsausbruch. Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen betrug 1915: 67 972 Mk. An Unterstützungen aller Art wurden 66 605 Mk. ausbezahlt. In den ersten 18 Kriegsmontaten wurden über 50 000 Mk. an Kriegs- und Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt.

Der Federarbeiterverband hatte am Jahresabschluß 1915 einschließlich der zum Kriegsdienst eingezogenen 14 645 Mitglieder gegen 15 380 am Jahresanfang. Die Einnahmen gingen von 413 000 Mk. im Jahre 1914 auf 255 340 Mk. im Jahre 1915, die Ausgaben von 463 008 Mk. auf 272 729 Mk. zurück. Der Vermögensbestand hat sich von 183 054 auf 217 066 Mk. erhöht.

Der Verband der Lithographen und Steinbrüder hatte am Jahresabschluß 1915: 6353 Mitglieder gegen rund 17 000 vor Kriegsausbruch. Bis Ende 1915 waren 9219 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Die Einnahmen betrugen 1915: 370 293, die Ausgaben 232 052 Mk.

Der Verband der Maler hatte am Jahresabschluß 1915: 9574 Mitglieder gegen 22 615 im Vorjahre; 1915 wurden 10 906, seit Kriegsausbruch 25 591 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen. Die Einnahmen betrugen 1915: 582 608 Mk.; das Vermögen betrug am Jahresabschluß 1915: 729 144 Mk., 1914: 720 474 Mk., 1913: 826 120 Mk.

Der Verband der Tapezierer zählte am Jahresabschluß 1915: 2567 Mitglieder gegen 10 265 bei Kriegsausbruch. Die Einnahme betrug im Berichtsjahre 24 135 Mk., die Ausgabe 275 255 Mk.; die Mitglieder-einnahme wurde aus den vorhandenen Vorräten gedeckt.

Der Transportarbeiterverband hatte im Jahre 1915 zwar noch immer 19 219 Neuaufnahmen erzielen können. Dessen Zuwachs steht aber im Verlust von 67 624 Mitgliedern gegenüber, von denen sich wiederum 43 574 Mann zum Militärdienst abgemeldet haben. Am Schluß des Jahres 1915 verblieben 72 000 Mitglieder im Verbands. Die Gesamteinnahmen des Verbandes bezifferten sich auf 2 458 203 Mk. Einige Verwaltungseinheiten hatten unter der Kriegssnot besonders zu leiden, sie bedurften eines Zuschusses von der Hauptkasse in Höhe von insgesamt 120 339 Mk. Dennoch liegt das Verarmungsvermögen des Verbandes um 214 307 Mk. auf 1 720 958 Mk. Außerdem ist noch ein Hilfsfonds in Höhe von 26 549 Mk. vorhanden. Die Einnahmen dieses Fonds befielen sich im Jahre 1915 auf 229 439 Mk. Es sind dies freiwilligen Ertragsbeiträge der Mitglieder für notleidende Kriegsfamilien. Zur Kriegsfamilien wurden aus dem Fonds 202 800 Mk. ausbezahlt. Die Gesamteinnahmen aller im Jahre 1915 vom Transportarbeiterverband gezahlten Unterstützungen beliefen sich auf 961 080 Mk. Die größere Hälfte davon und zwar 514 941 Mk. diente zur Unterstützung der Kriegsfamilien in besonderer Notfällen.

Einer der ältesten Gewerkschaftsveterane.

Georg Horn, langjähriger Leiter des Fachorgans der Glasarbeiter, ist am 30. August 75 Jahre alt geworden. Seit 50 Jahren steht Georg Horn, der den Wahlkreis Dresden-Land als sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage vertritt, mit in den vordersten Reihen der deutschen Arbeiterbewegung. Was Horn in diesem halben Jahrhundert geleistet hat, kann nur derjenige würdigen, der die Verhältnisse in der Glasindustrie und die ungeheuren Schwierigkeiten kennt, die überwunden werden mußten, um die Organisation der Glasarbeiter zustande zu bringen. Horn hat das Leben, die Leiden und Kämpfe des Glasarbeiterproletariats in anschaulicher Weise zur Darstellung gebracht in seiner „Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter“, die er im Gefängnis geschrieben hat, wo er, nach vielen anderen „Strafen“ im Alter von nahe an 60 Jahren nochmals fast 1 1/2 Jahre zubringen mußte, weil er durch seine Schilderung der geradezu himmelstreichenden Zustände in Glashütten Unternehmer belästigt haben sollte! Die meisten großen Glashütten Deutschlands waren eine lange Zeit formidabelen Sammelbecken des Elends von ganz Europa. In fast allen Ländern waren für die deutschen Glashüttenhelfer ständig Agenten tätig, um arbeitswillige Kräfte herbeizuschaffen. Einer Hölle gleich das Arbeiten in einer Glashütte. Diese von der ungeheuren Arbeit körperlich zerrütteten, vom Elend niedergedrückt und von der Hungerpein im Raum gehaltenen Glasarbeiter zu organisieren war eine Riesenaufgabe — im wesentlichen das Lebenswerk von Georg Horn. In Dresden gründete Horn zunächst eine Krankenkasse für die Glasarbeiter, die auch das Solidaritätsgesühl weckte und so starkte, daß Horn schon im Jahre 1873 den ersten großen Glasarbeiterstreik in Dresden organisieren und siegreich durchführen konnte. Und am 19. September 1875 konnte dann Horn im „Waldschloßchen-Restaurant“ in Dresden den ersten Deutschen Glasarbeiterkongress eröffnen, der die Gründung des „Allgemeinen Glasarbeiter-Bundes Deutschlands“ beschloß. Der Bund und das am 30. Juni 1877 zum ersten Male erschienene Verbandsorgan „Neue

Glasbläser. Das Horn redigierte, fielen zwar schon im Jahre 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer. Aber der Stein war ins Rollen gebracht. Es bildeten sich örtliche Fachvereine, bis am 1. Oktober 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der Verband der Glasarbeiter ins Leben treten konnte, nachdem schon am 8. September 1885 Horn — der natürlich längst gemauert war und sich als Produktenhändler durchs Leben schlagen mußte — aus seinen eigenen Mitteln und auf sein eigenes Risiko den „Glasgenossen“ hatte erscheinen lassen, der heute noch das Verbandsgeschäft der Glasarbeiter ist. Heute ist die Glasarbeiterorganisation eine Macht, mit der die Unternehmer rechnen müssen. Auch im Reichstage hat Horn eine spezielle Weisung für die Glasarbeiter erhalten. Die meisten der Arbeiterverbände in der Glasindustrie betreffend Verordnungen, Gesetzesbestimmungen und anderen sozialpolitischen Maßnahmen sind auf Horns Kritik im Reichstage hin erfolgt. Wir wünschen unserem Veteranen noch ein recht langes Leben und daß er bessere Zeiten erlebt, als die nun die Arbeiterbewegung durchmachen muß.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens

ergibt sich aus einer Zusammenstellung des kgl. Statistischen Landesamts in der „Statistischen Korrespondenz“. Danach ist ein fortwährendes Anwachsen der Genossenschaften zu beobachten. Während im Jahre 1910 in Deutschland 20 487 Genossenschaften bestanden, stieg die Zahl im Jahre 1915 auf 35 481 und im Jahre 1916 auf 35 751. Die Verteilung auf die verschiedenen Genossenschaftsarten zeigt folgende Übersicht:

Genossenschaften insgesamt	1916	1910
Kreditgenossenschaften	10 508	10 019
Nachschußgenossenschaften, gewerbliche	402	548
Nachschußgenossenschaften, landwirtschaftliche	2 505	2 610
Wareneinkaufsgesellschaften	388	348
Werkgenossenschaften, gewerbliche	301	360
Werkgenossenschaften, landwirtschaftliche	2 073	2 071
Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	15	14
Magazingenossenschaften, gewerbliche	114	127
Magazingenossenschaften, landwirtschaftliche	520	540
Nachschuß- u. Magazingenossenschaften, gewerblich	108	185
Nachschuß- u. Magazingenossenschaften, landw.	21	22
Produktgenossenschaften, gewerbliche	430	540
Produktgenossenschaften, landwirtschaftliche	4 065	4 063
Zucht- und Weidgenossenschaften	540	544
Nachschuß- u. Weidgenossenschaften	2 320	2 280
Wohnungs- und Baugenossenschaften, eigentliche	1 403	1 390
Wohnungs- und Baugenossenschaften, Vereinsk.	139	139
Sonstige Genossenschaften	380	355

Der Rückgang der Zahl der Konsumvereine erklärt sich zur Hauptsache durch vorgenommene Verschmelzungen. Die Mitgliederzahlen der Konsumgenossenschaften sind gegen die früheren Jahre während des Krieges bedeutend gestiegen.

Ein Genossenschaftswald.

Das ist jedenfalls eine neue Erscheinung im genossenschaftlichen Leben. Einen ähnlichen Vorfall haben wir ja in den Großstädten — in letzter Zeit auch in Industriecentren — seit Jahren in der Form der Schrebergärten. Wuppertaler Arbeiter sind diesmal wieder die Pioniere, und in Leichlingen (Wuppertal) ist der Gedanke an einen Genossenschaftswald zur Verwirklichung gekommen. Kurz vor Ausbruch des Krieges kaufte eine Reihe dortiger Arbeiter, die sich zu einer „G. m. b. H. „Selbsthilfe“ vereinigt, in der Nähe ein etwa 10 Morgen großes hügeliges Waldgelände. Trotz des Krieges wurde in zäher, ausdauernder Zusammenarbeit von den Mitgliedern durch allerlei Erdbewegungen eine große Walderschöpfung mit Sportplatz, guten Wegen, Ruhebänken, Rändern und Gärten geschaffen. Alles in der kurz bemessenen freien Zeit und unentgeltlich. Und wer oben vom höchsten Hügel herunter auf die gemeinschaftlich geleistete und selbstlose Arbeit schaut, der kann sich des Gedankens an eine große genossenschaftliche Zukunft nicht erwehren. Hier steht der Arbeiter auf freiem, selbstverworbenen Boden, und keine Laune irgendeines Privatbesizers kann einen Stachelbrahman ziehen oder Tadeln anbringen: „Das Betreten des Waldes ist verboten.“ Nach Möglichkeit sollen die Anlagen erweitert werden. Dazu bedarf die „Selbsthilfe“ der Unterstützung, woran es die zahlreichen Genossenschaftler der dortigen Gegend hoffentlich nicht fehlen lassen.

Internationale Rundschau.

Gottesglaube und Krieg.

Zu dem Kindergebet für den Frieden, das der Papst angeordnet hat, der Kardinal-Erzbischof Dr. v. Hartmann von Köln einen Hirtenbrief erlassen, in dem er als die Ursache des Krieges angibt: „Sowohl, meine lieben Kinder, der Krieg ist eine harte Strafe, die Gott über die Menschen kommen läßt, weil so viele Gott den Herrn durch Sünde beleidigt haben. Und der Krieg ist eine schwere Prüfung auch für die Guten und Unschuldigen. Sie sollen zeigen, ob sie Gott treu bleiben wie der gebuldige Job und der fromme Tobias, auch in bitterer Not; und sie sollen, wenn sie tapfer ausfallen, wie unsere heldenmütigen Soldaten vor dem Feinde es tun, einen hohen Platz im Himmel dafür verdienen.“

Diese Ansicht von den Ursachen des Krieges und seiner langen Dauer scheint selbst bei den katholischen Kindern grübelnde Gegenfragen auszulösen, denn der Kardinal fährt fort:

„Wer vielleicht fragt: Wie haben es getan und es ist doch Krieg geblieben und kein Friede gekommen. Ihr habt recht, liebe Kinder! Aber nun frage ich euch: Warum ist denn noch kein Friede? Ich will es euch sagen: Weil wir alle noch nicht genug gebetet haben, und weil der gerechte heilige Gott noch nicht genug verführt ist wegen der vielen Sünden, die den Krieg verschuldet haben, und weil Gott sieht, daß die Menschen noch nicht verstehen, daß der Krieg aufhört und Friede kommt. Darum müssen wir alle, auch ihr Kinder, noch braver werden und mehr und besser beten und Gottes gerechten Zorn befähigen.“

So der Kardinal! Was sagt nun der Papst den Kindern? Dieses:

„Ihr, die ihr heute Zuschauer der düstersten Tragödie seid, die jemals menschlicher Saß und menschliche Leidenschaft entfesselt haben, ihr müßt wissen, daß heute die schrecklichste Pösterung gegen Gott geschieht, die jemals von der jüdischen Menschheit begangen worden ist. Wir, der Vater aller Gläubigen, leiden, ermahnen und bitten seit zwei Jahren. Unsere Ermahnungen, die Waffen niederzulegen und den Streit auf dem Wege der Vernunft und Gerechtigkeit zu schließen, sind erfolglos geblieben. Deshalb wollen wir Gott durch das allmächtige Mittel eurer Umkehrung um Hilfe bitten. Die Menschheit muß wieder zu Werten des Friedens, der Arbeit und des Verzeihens zurückkehren. Wie, darüber wollen wir keinen Vorwurf machen, sondern die Sache der göttlichen Vorsehung anheimstellen.“

Der Papst meint, den Krieg habe „menschlicher Saß und menschliche Leidenschaft“ entfesselt und die Entfesselung sei „die schrecklichste Pösterung gegen Gott“. Der Kardinal sagt dagegen, den Krieg habe Gott verhängt als „harte Strafe“. Der Papst „ermahnt zum Frieden seit zwei Jahren“, der Kardinal meint, „die Menschen verdienen noch nicht, daß der Krieg aufhört“.

In dem zweiten August-Heft der katholischen Zeitschrift „Christlich-politische Blätter“ ist Seite 202 zu lesen:

„Wenn aber irgend etwas ungewissheit ist, so ist es dieses, daß der Krieg gegen den Willen der Völker aller Dinge und gegen die ausdrückliche Warnung eines irdischen Stellvertreters aus der höchsten demokratischen und autoritativen Initiative jener Welt herbeigekommen ist, die keinen Gott kennt und keinen Erlöser braucht, weil sie sich selbst Gott und Heiland ist.“ Das sind unläßbare Widersprüche.

Ueber Lohnbewegungen in England

Berichtet die „Aberdeen-Evening-Post“ vom 31. August: „Times“ melden, daß infolge der fortgesetzten Lebensmittelerhöhung überall eine beschränkende Lohnbewegung unter der englischen Arbeiterschaft gütig getrieben sei, so verlangen die Bergarbeiter in Südwales abwärts 10 Prozent Lohnsteigerung, die Eisenbahnarbeiter wöchentlich 10 Schilling mehr. Die Spinnerarbeiten veröffentlichen eine Ver-

schärfte, wenn die Regierung nicht bald ihre Unfähigkeit auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung aufhebe, so werde der Preis für 1 Pfund Brot bis Ende des Jahres 1 Schilling übersteigen. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Verbilligung von Fleisch und Fisch sei gleichfalls nicht eingetreten. In den nächsten Wochen soll eine Konferenz der Arbeiterverbände stattfinden, in der beschließen werden soll, durch eine parlamentarische Kommission der Arbeiterpartei der Regierung dringend vorzustellen, wie notwendig es sei, unverzüglich Maßnahmen gegen die Lebensmittelerhöhung zu unternehmen. Es müssen Höchstpreise festgesetzt werden, auch müsse die Regierung die Kontrolle über den Lebensmittelhandel übernehmen. Eine ähnliche Eingabe will der Verband der Steffen- und Werftarbeiter an die Regierung richten. — Die schottischen Bergleute lehnten mit großer Mehrheit den Antrag ab, daß sie 6 Tage in der Woche arbeiten sollten, anstatt bisher 10 bis 11 Tage in zwei Wochen.

Mitstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Dattshauer Tiefbau. Hier sind in der letzten Zeit Mitstände, besonders bei der Seilschaft zu verzeichnen, die unbedingt abgestellt werden müssen. Der Arbeiterauschuss hat sich an die Verwaltung gewandt, aber es hat nichts gekostet, wenn auch Mithilfe der Mängel zugeführt war. Am 25. August wurden 1 1/2 Schichten verfahren; in dem neuen Schicht war eine Störung vorgekommen und die Arbeiter mußten am alten Schicht ausfahren. Statt daß nun die Beamten dafür gesorgt hätten, daß die Ausfahrt geregelt wurde (es war doch früh genug bekannt, daß auf dem neuen Schicht die Seilschaft nicht stattfinden konnte), wurde gewartet bis auf die letzte Minute; nun gab es ein Gedränge, wie man es sich nicht schlimmer vorstellen kann. Die Beamten waren sich noch nicht mal einig über das Abfahren der Wagen. Erst sollte am Schicht abgerufen werden, dann weiter nach hinten im Stille. In ging es erst recht los, das Hin und Her; die Arbeiter, die 1 1/2 Schichten verfahren hatten und erschöpft waren, mußten sich dazu dem unnötigen Gedränge aussetzen und von einigen Beamten anschauen lassen. Für die Beamten wäre ganz was anders Platz, wo sie viel besser verwendet werden könnten. Am 26. August war es nicht viel besser bei der Seilschaft am neuen Schicht; bis auf die letzte Minute wurde gefordert. Wenn nun die Seilschaft beginnen soll, dann steht meistens das Füllort voll leerer Wagen und alles drängt sich nach vorne, weil nicht abgerufen wird, welcher Korb an der Reihe ist. Daher kommt es auch, daß die Leute nicht wissen können, wann ihre Marke abgerufen wird. Doch es auch anders gehen kann, zeigt sich bei einigen Beamten, wo es ganz in schärfer Ordnung hergeht. Aber den Schaden hat immer der Arbeiter; die Seilschaft wird verlängert und er muß sich dabei noch drücken und stoßen lassen. Auch ist es für die ausfahrenden Arbeiter mit Schwierigkeiten verbunden, durch den südlichen Querschlag zu kommen, weil bis 2 Uhr der Maschinenbetrieb geht und volle und leere Züge fahren. Wie leicht kann da ein Unglück vorkommen! Da könnte doch Mithilfe geschafft werden, ohne daß die Förderung Eingabe zu erleiden braucht. Zum Schluß möchten wir die Verwaltung ersuchen, die Preise für Lebensmittel den Arbeitern durch Anschlag bekannt zu machen, desgleichen in welchem Monat dieselben am Lohn abgebunden werden. Ueber die Verteilung der Butter und sonstiger Lebensmittel an gute Freunde und Bekannte der Beamten gehen Gerüchte, denen entgegengetreten werden soll, wenn sie nicht den Tatsachen entsprechen. (Geschieht das nicht, werden sie vielfach als wahr hingenommen, wodurch Verunsicherung entsteht. Daran hat doch auch die Verwaltung kein Interesse.)

Beide Lothringen. Steiger Förster vom Schacht IV steht andauernd hinter den Leuten und treibt. Ob sie eben angefahren, am Füllort oder auf dem Mißel sind (!), überall treibt er. Selber fährt er als lebendes Montagswicht und „Hiller Beobachter“ den Bremsberg auf und ab. Wochentags war überhaupt kein Fahrweg im Mißel Grube vorhanden, so daß die Leute den Bremsberg als Fahrschacht benutzen mußten. Erst jetzt ist wirklich ein Fahrweg vorhanden, aber auch nur bis Ort 5, obwohl derselbe bis zur Weiterfahrt führen muß. In der bittlichen Seite ist aber überhaupt noch kein Fahrweg vorhanden. Anfangs der Schicht muß man sich das Holz selber aufsuchen. Steiger Förster verbietet nämlich den Schlegeln, während der Kohlenförderung Holz aufzugeben. Die Lampen sind in einem sehr schlechten Zustande. Oft müssen sich mehrere Arbeiter mit einer Lampe behelfen, denn Feuerlampen sind nicht vorhanden. Bei der Seilschaft läßt der Anschläger die Schichtmeister der Mittagschicht vorgehen. Dadurch wird den Arbeitern der Morgenschicht die Schicht um etwa 40 Minuten verlängert. (3.10, statt 2.30 Uhr.)

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Brotzufuhr für Arbeiter und Jugendliche.

W. T. V. brachte am 28. August folgende amtliche Meldung: Nach dem Ergebnis der vorläufigen Ernteabschätzung von Brotgetreide ist das Kuratorium der Reichs-Getreidekasse im Einverständnis mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts in der Lage gewesen, die Arbeiter-Vorzulage, welche in den beiden letzten Monaten des alten Erntejahres hauptsächlich wegen des Kartoffelmangels als Sonderzulage gewährt worden war, nunmehr als dauernde Vermehrung der Brotportion zuzubilligen und außerdem allen jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren vom 1. Oktober ab eine Zulage von 50 Gramm für den Tag zu gewähren.

Die Brotgetreideernte des Jahres 1916 ist als eine Mittelernte zu bezeichnen, die über das Ergebnis der vorjährigen Ernte nicht unwesentlich hinausgeht. Sie übertrifft die vorjährige Ernte an Futtermitteln, insbesondere an Hafer und Gerste. Sie hat es aber ermöglicht, wie die Mitteilungen der Reichsgetreidekasse an anderen Stellen ergeben, eine nicht unerhebliche Verbesserung der Brotversorgung der Bevölkerung vorzunehmen. Die recht erheblichen Zulagen, welche in den letzten beiden Monaten des alten Wirtschaftsjahres den Schwerarbeitern, insbesondere wegen der Störungen der Kartoffelerzeugung, bewilligt worden sind, können als dauernde für das ganze neue Erntejahr in Aussicht gestellt werden, und daneben wird ein allseitig gesteigerter Wunsch, der Jugend mit ihrem erhöhten Ernährungsbedürfnis in der Hauptzeit ihres Wachstums eine Zulage zu bewilligen, Rechnung getragen. In der Vermehrung der Portion zurzeit noch weiter zu gehen, ist nicht möglich. Es muß vor allen Dingen vermieden werden, daß etwa später eine endgültige Bestandaufnahme irgendwie geringere Quantitäten ergeben sollte, eine nachträgliche Verabreichung stattfinden müßte, wie sie leider im Dezember 1915 hat eintreten müssen. Der Preis des Brotgetreides blieb derselbe, ebenso werden die Höchstpreise der Reichsgetreidekasse keine Erhöhung erfahren, ja, es ist möglich gewesen, den Preis für Roggenmehl vom 1. August ab um 1 Mark für den Doppelzentner herabzusetzen. So dann hat die Geschäftsteilung der Reichsgetreidekasse es möglich gemacht, den Preis für Weizenmehl auf den von ihr geleiteten Kriegsmühlen und zwar den Kleinhandelspreis von 45 auf 28 Pf. für das Pfund herabzusetzen.

Auch die Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt wegen vermehrter Serikation und Verbilligung der Suppenstoffe: Graupen, Grütze, Haferflocken, sind soweit gefördert, daß auch in dieser Beziehung eine baldige Besserung der Versorgung zu erwarten ist. Die Verbilligung und vermehrte Bereitstellung dieser Suppenstoffe, die sich ja erwerbslos gemacht hat durchzuführen lassen, entspricht vielfach geäußerten Wünschen aus der Bevölkerung und ist bei der unvermeidlichen Annappe der Zeiten von erheblicher Bedeutung für die Ernährung. Alles in allem kann somit wohl gesagt werden, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl, Brot, Getreide und den übrigen aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln und Erntemitteln besser werden wird, wie bisher.

Belegstabsverammlung der 1st. Zehe Rheinbad.

Am 20. August, fand im Saale Große-Wilde eine sehr gut besuchte Belegstabsversammlung statt. Der Anschlag erspartete seinen Tätigkeitsbericht. Unter Punkt 2 der Tagesordnung: „Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden der Belegstabsmitglieder“ wurden Anträge, Wünsche und Beschwerden dem Ausschuss schriftlich vorgelegt. Außer Befriedigung von bestehenden Wünschen wurde gefordert: ein Mindestlohn von 9 Mark für Gedingearbeiter, eine 10-prozentige Lohnsteigerung für Schichtarbeiter sowie Verabreichung des Beirages zur Kriegsernährung auf 1 Prozent, welcher Tag möglichst von allen Belegstabsmitgliedern bezahlt werden sollte. Auch wurde ein Antrag einstimmig angenommen, daß ein Ausschussmitglied von seinen des „alten Verbandes“ zur Verwaltung der Unterstützungsstelle zugezogen würde.

Kamerad Krahn, Bezirksleiter des Bezirks Gladbeck, gab auf Wunsch der Versammlung einen Bericht über die im unliebsamen Bezirk auf den fiskalischen Beden stattgefundenen Sitzungen, die Forderungen, die dort gestellt wurden, usw. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Ausschuss der Rheinbadenschafter sich alle Mühe geben sollte, damit auch Organisationsvertreter zu den Sitzungen hinzugezogen werden. Die Unorganisierten wurden vom Kameraden Krahn sowie auch von mehreren anderen Kameraden mit ungeschminkten Worten aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen. Auch der christliche Gewerkschaftsleiter, W. E. L. N., sprach sich in drastischen Worten über das unorganisierbare Verhalten der vielen Unorganisierten aus und forderte zum Beitritt in die Organisationen auf.

Süddeutschland.

Eine Arbeiterauschüttung auf der Agl. Kohlengrube Peilenberg

fand am 24. August statt. Anwesend waren: Generaldirektor Kleiber, Oberbergamt Ziegenhagen, Bergmeister Kaufmann und sämtliche gewählte Arbeiterauschüttungsmitglieder. Generaldirektor Kleiber eröffnete die Sitzung und erklärte auf die Eingabe des Arbeiterauschusses um Lohnsteigerung vom 10. Juli 1916, daß nach ministerieller Entschädigung vom 24. Juli 1916 bereits eine weitere Teuerungsbefehle von 12 Pf. pro Schicht für Staatsarbeiter in Kraft getreten ist. Außerdem ist bereits für alle vorher unberücksichtigte eine Teuerungszulage gewährt worden. Eine Lohnsteigerung in der gewünschten Höhe (60 Pf. pro Schicht und Kopf) kann aus finanziellen Gründen nicht zugebilligt werden. Es würde aber in entsprechender Weise Lohnsteigerung gewährt, und zwar pro Schicht und Kopf 20 Pf., mit Ausnahmen der Jugendlichen und der Frauen.

Krankheitsvergütung konnte nicht zugesichert werden, da der Arbeiterauschuss keine Zustimmung zu Lebensschichten pro Oktober geben konnte. Der alte Wunsch der Belegschaft, auf kostenlose Abgabe des Gutes, wurde anfangs kurz abgelehnt. Nach weiterer Erörterung wurde einiges Entgegenkommen gezeigt. Für die Arbeiterauschüttungen wird eine Aufwandsentschädigung gewährt. Die Frage der Einführung von Lohnbüchern wurde zurückgestellt.

Wie die Deffentlichkeit getäuscht wird.

In der bürgerlichen Presse wurde angekündigt, daß am Barbarafest Arbeiter, die 40 Jahre im Dienste der Oberbergischen Bergwerks-Attengesellschaft stehen, namhafte Bargeldausweisungen als Anerkennung erhalten; während für 25-jährige Dienstleistung eine wertvolle Uhr mit Kette, außerdem ein Ehrendiplom gegeben werden sollte. Sämtliche Arbeiter sollten an diesem Tage frei haben, da der ganze Betrieb ruht. (Weil an diesem Tage ein Sonntag ist. D. Med.). Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sollten die sogenannte Barbaraschicht (eine volle Tageslohnung) erhalten.

Das ist eine Täuschung der Deffentlichkeit. Abgesehen von der Bedeutung der Jubilare mit 30- und 40-jähriger Dienstzeit, ist noch nie, solange die Bergarbeiter von Hausdam und Peilberg das Barbarafest feiern, von der Oberbergischen der volle Tagesverdienst an die Arbeiter gezahlt worden. In früheren Jahren wurden an diesem Tage allerdings Geldbeträge von 1,50 bis 1,00 Mk. an die Arbeiter gewährt. Seit zwei Jahren ist auch diese Zahlung eingestellt und haben die Arbeiter nichts mehr erhalten. Auch sind noch nie Arbeiter mit einer 25-jährigen Dienstzeit beschenkt worden.

In seiner Nr. 101 vom 20. August bringt der „Peilberger Anzeiger“ eine Notiz über den Verlauf des Barbarafestes am 27. August. Mit keinem Worte erwähnt er aber, wie die angekündigte Barbaraschicht — der Freischichtlohn — an die Arbeiter ausbezahlt ist. Das hat seine guten Gründe, denn es wurde nichts gegeben. Da der „Peilberger Anzeiger“ ebenfalls die unzutreffende Notiz hierüber gebracht hat, wäre es auch wohl am Platze gewesen, nun der Wahrheit die Ehre zu geben. Oder reicht es dazu nicht?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 3. bis 9. Septbr. 1916) fällig. Wir bitten unser Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Schmidtthor. Am Sonntag, den 10. September, vorm. 10 Uhr, beim Wirt Volmer: Treffpunkt zur Hausagitation. Hierzu sind alle Kameraden dringend eingeladen.

Bezirk Medlinghausen. Der bisherige Bezirksleiter Philipp Herms wurde zum Kriegsdienst einberufen. Alle Einfindungen, die den Bezirk Medlinghausen betreffen, sind nun an den Kameraden Theodor Endmann in Medlinghausen, Herner Straße 8a, zu richten, da dieser die Bezirksgeschäfte versieht.

Bücherrevisionen.

Im folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Zahlhausen-Hörsfelde. Vom 10. bis 17. September.
Saffel bei Duer. Vom 3. bis 30. September.
Wethmar. Vom 10. bis 30. September.

Krankenernährungs-Hilfszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Marl. Krankengeld wird jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, von 8 bis 12 Uhr vormittags beim Kassierer, Bismarckstraße 40b, ausgezahlt.

Adressenveränderungen.

Wittrop II. Als Vertrauensmann fungiert jetzt Kamerad Fr. Steinweg, Wittrop, Hefestraße 5.

Langendreer I. Als Kassierer fungiert jetzt Kamerad Karl Köhler in Langendreer, Somborner Straße 8. Dasselbst wird auch jetzt das Krankengeld ausgezahlt.

Wethmar. Als Kassierer fungiert jetzt Kamerad Karl Fromme, Wethmar, Lindenstraße 43. Dasselbst wird auch Krankengeld ausgezahlt.

Sterbetafel

Im August 1916 sind folgende Mitglieder gestorben:

Wilhelm Schäfer, Laer.	Frz. Fackelmann, Gelsenkirchen VII.
Fritz Spelmeier, Lünen.	Adam Werth, Gelsenkirchen-Vorn.
Heinrich Frick, Lünen I.	Gottlieb Saworra, Düssel I.
Hermann Weigelt, Vorbeck.	Konrad Kirchner, Gelsenkirchen.
Frans Ostrowski, Lünen II.	Karl Brat, Schmidtthor.
Paul Schrobol, Zaborze.	Frans Joch, Kaiserlautern.
Max Kreiß, Niederbrunn.	Frans Niebel, Zwickau-Pölsch.
Heinrich Schmitt, Pölsch.	Emil Böhm, Wintersdorf.
Heinrich Giebler, Werne b. Lgbr.	Rob. Budmann, Duisburg-Laer.
Gerhard Steinbrück, Merschwitz.	Martin Schödel, Gelsenkirchen.
Guust Mößig, Merschwitz II.	Max Montag, Gelsenkirchen I.
August Hausmann, Brackel.	Karl John, Gelsenkirchen.
Wilhelm Jungblut, Gelsenkirchen.	Karl Blüthmann, Wellinghofen.
August Dippner, Lichtentanne.	Theodor auf dem Kamp, Vorbeck.
Paul Höfner, Stollberg.	Otto Schönmann, Schwanbeck I.
Paul Maupach, Gelsenkirchen.	Heinrich Gottschalk, Kunzendorf.
August Simanis, Weickstein.	Max Elsner, Al. Käppel.
Robert Huber, Triebel.	Ernst Bittermann, Wittenstein II.
Ernst Hoff, Freisenbruch.	Josef Hofmann, Sterkrade II.
Hermann Rosen, Mers.	Heinrich Rinkes, Dortmund II.
Frz. Pilgermann, Oberhausen II.	Frans Wagner, Kran.
Heinrich Wickers, Gelsenkirchen.	August Klinge, Merschwitz.
Heinrich Wädel, Hohenburg.	Otto Krieger, Sombor.
Wilhelm Heidorn, Niederbr.	Wils. Schmann, Brünninghausen.

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Zahlstelle Schüren.

Familienausflug mit Kinderbelustigung am Sonntag, den 10. September, nach Wirt Wienholt in Benninghofen. Treffpunkt 1 Uhr im Lokal Herkelmann. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Di. Ortsverwaltung.